

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 6.

Leipzig, den 6. Februar.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Nebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filial-Expedition F. W. Grelmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duensing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

An die Parteigenossen in Sachsen.

Verschiedene für die gesammte Partei hochwichtige Fragen veranlassen uns, eine allgemeine Landesversammlung der Partei auf Sonnabend und Sonntag den 6. und 7. März dieses Jahres nach Hohenstein-Ernstthal einzuberufen. Die dortigen Parteigenossen haben sich auf erfolgte Anfrage bereit erklärt, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen.

Tagesordnung:

- 1) Die sächsischen Landtagswahlen;
- 2) das sächsische Vereinsgesetz;
- 3) die Gewerks-Genossenschaften.

Wir erwarten, daß, bei der Wichtigkeit der zu behandelnden Fragen, kein Ort, wo die Partei Wurzel gefaßt hat, unvertreten bleibe.

Alles Nähere über die Versammlung werden wir seiner Zeit in diesem Blatte und durch besondere Circulare an die Parteigenossen bekannt machen.

Der Ausschuß der Volkspartei.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Königlich preussischer Sozialismus. — Der Doppelgänger des Herrn Bagener. — Die Leipziger Polizei. — Die demokr. Partei und nicht Fortschrittspartei. — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. — Erklärung. — Beilage: Die indirekten Steuern und der Asterzialismus. — Ernest Jones. — An die sächsischen Consum-Vereine. — Der Baseler Strike. — Anzeigen.

geschmacktesten Stieberiaden von einem „Mann mit sehr schwarzem Bart“, der die Existenz des gewaltigen Nordbunds bedrohe; vergriff sich in höchst unkluger Weise an Meyer und Freese in Stuttgart, die ihn sofort telegraphisch der — Unwahrheit ziehen; nannte — er, der Aristokrat „mit den feinen gesellschaftlichen Manieren“ — den Kurfürst von Hessen ein „Reptil, das in seine Höhle verfolgt werden müsse“; erklärte voll sittlicher Entrüstung — er, der Urheber des italienischen Bündnisses — „wer seine partikularen Interessen mit Hülfe fremder Heere durchzusetzen versuche, müsse unter der Betrachtung seiner Landsleute ersticken“; plauderte aus der Schule, daß vor kurzem der Krieg um ein Haar ausgebrochen wäre, weil man Preußen, das mächtige Preußen, im Ausland „verläumdet“ habe; und behauptete schließlich, er hasse das Spionwesen, aber „man könne Pech nicht anfassen, ohne sich zu beschmutzen!“

Ja, er hat Recht — waschen wir uns die Hände.

Cavour starb, als die Folgen seiner Anneziopolitik zu Tage traten. Graf Bismarck lebt. Wer von Beiden ist der Glücklichere?

Politische Uebersicht.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat die Beschlagnahme der Einkünfte des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen gut geheissen. Von diesem Jahresschwachklub war das nicht anders zu erwarten. Wir können versichern, daß noch keine Debatte des preussischen Abgeordnetenhauses uns mit solcher Genugthuung erfüllt hat, als die über das Beschlagnahmegesetz, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil unsere Feinde sich noch nie solche Blößen gegeben haben. Abgesehen von dem Hanswurst Braun, der die revolutionärsten Phrasen gegen das monarchische Prinzip schleuderte, und nicht ahnte, daß jedes seiner Worte ein Faustschlag in das Gesicht des Hohenzollerthums war, dessen Livree er nationalservil trägt; abgesehen von dem alten Waldeck, der sein „weißes Haar“, einst „Helmbusch der Demokratie“, durch die jätliche Berührung der Kollegen Ohm's und Gödtsche's entweihte; abgesehen von dem zynischen Hauptrecht-Cultus, den die Majorität trieb — wählte die Hauptperson, Graf Bismarck, wie weiland der von den Göttern geschlagene Ajax in selbstmörderischer Wuth gegen sein eigenes Fleisch, und enthielt die unreinen Fäden seiner Politik und die Gebrechlichkeit seiner „Schöpfung“ mit einer grausamen Gründlichkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ. Er, der „großherzige Staatsmann“, der „die kleinen Mittel verabscheut“, stützte sich auf die lügenhaften Berichte ehrloser Spione; erzählte die ab-

Als die Rückkehr des Ministerpräsidenten von Bargin angekündigt ward, erinnerten wir an die Kriegslust der Spanier, die den gestorbenen Sid auf sein Pferd banden, und den Sarazenen noch lange mit dem Leichnam Schreck einjagten. Ist etwa bloß der Körper Bismarck's nach Berlin geschafft worden? Oder hat die „Zukunft“ recht, die neulich von einem falschen Waldemar munkelte? Und hätte man vielleicht in die bekannte Kurassieruniform irgend einen nicht nervenleidenden Vertreter der großpreussischen Idee gesteckt, zum Gempel Herrn — Stieber? Je aufmerksamer wir die Reden durchlesen, die dem Grafen Bismarck zugeschrieben werden, desto mehr finden wir uns in dieser Vermuthung bestärkt. Aus jedem Satz spricht Stieber.

Wiener Blätter behaupten, die preussische Regierung habe dem Fürst von Lichtenstein sein Land abkaufen wollen, aber einen Korb empfangen. Das Fürstenthum Lichtenstein, der kleinste der deutschen Duodezstaaten, hat durch seine geographische Lage eine gewisse militärische Bedeutung. Wäre es in den Besitz Preußens gekommen, so würde dieses zwischen der Schweiz und Oesterreich festen Fuß gefaßt hat. Der Bissen wäre demnach nicht so übel gewesen.

An dem Namen „Bismarck“ hängt ein eigenthümlicher Unstern. Kürzlich ward aus Mexiko gemeldet, es sei dort eine „herrlich aufblühende Stadt“ nach dem Heiligen von Barzin benannt worden. Wie sich nun herausstellt, besteht die „herrlich aufblühende Stadt“ aus einer jämmerlichen, mit einem alten Zeltdach überspannten Bretterhütte, deren Eigentümer offenbar einen schlechten Witz auf den „Nothbau“ des Norddeutschen Bundes hat machen wollen.

Ein Antrag auf Einführung des allgemeinen Stimmrechts für die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus erlangte nur etwa 90 Stimmen. Die Regierung, die bei den Reichstagswahlen so treffliche Geschäfte mit dem allgemeinen Stimmrecht gemacht hat, wird es also zu oktroyiren haben.

„Eins der untrüglichen Zeichen von der Unzufriedenheit, welche seit drei Jahren alle Kreise der Bevölkerung durchdringt, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, ist die Zunahme der Auswanderung. Es ist dies ein Symptom, welches alle Schilderungen der nationalliberalen Presse von der „Macht und Größe“ des neuen Deutschland in grausamster Weise Lügen straft. Bekanntlich hatte die Auswanderung nach transatlantischen Ländern in den Jahren der heftigen politischen Reaktion, welche auf die Stürme des Jahres 1848 folgte, eine früher in Deutschland nie gekannte Höhe erreicht. Politische Verfolgungen, die rückläufige Strömung der Gesetzgebungen trieb Hunderttausende der besten Bürger über das Meer. Im Jahre 1854 hatte diese moderne Völkerwanderung ihren Höhepunkt erreicht. Es wurden in diesem Jahre über Hamburg und Bremen nicht weniger als 109,185 Personen nach Amerika und anderen fernen Ländern eingeschifft. Vom Jahre 1855 an besserten sich die politischen Zustände in den einzelnen deutschen Ländern etwas, und im gleichen Schritt mit den eingeführten Reformen nahm auch die Auswanderung ab. Im Jahre 1861 war die Beförderung über Hamburg und Bremen auf 30,064 gesunken, im Jahre 1862 betrug dieselbe 33,747. Von da an tritt wieder eine langsame Steigerung ein, in welcher sich die Verstimmung abspiegelt, welche der hoffnungslose preussische Verfassungskampf mit sich führte. Im Jahre 1863 wanderten über die genannten beiden Häfen 40,225, 1864: 47,658, 1865: 81,877 Personen aus. Nach dem Kriege von 1866 trat ein reißendes Steigen ein. Es wanderten über Hamburg und Bremen aus: 1866: 100,927, 1867: 111,843, 1868: 110,061 Personen. Die Ziffern sind untrügliche Zeichen eines ungesunden, im höchsten Grade unbefriedigenden Zustandes; die nationalliberalen Blätter, welche das nicht zugeben können, ohne ihrem ganzen Gebäude den schwersten Stoß zu versetzen, schweigen diese Ziffern entweder todt oder theilen sie ohne die entsprechende Aufklärung mit.“

Graf Hohenlohe soll mit Hrn. von Varnbüler an einem bayerisch-württembergischen Bündniß arbeiten; auf den Beitritt Badens und Hessens habe man von vornherein verzichtet. Kinderreien!

Prinz Alexander von Hessen, der Schwager des russischen Kaisers, weilt jetzt in Wien und soll Hrn. Beuß der friedlichsten Gesinnung des Czaren versichert haben. Das mag sein. Schade nur, daß Prinz Alexander, weiland Oberbefehlshaber des 8. Bundesarmee-corps in der 1866er Campagne, in welcher

Eigenschaft er eine höchst klägliche Rolle spielte, auf politischem Gebiet eine ebenso vollständige Null ist, wie auf dem militärischen, und der letzte Mann, von dem man Ausschüß über die Pläne Rußlands erwarten kann.

Das österreichische Herrenhaus hat den Gesetzentwurf zur Einführung von Geschwornengerichten für Preßvergehen angenommen, und wird derselbe nun demnächst Gesetzeskraft erlangen. Es ist dies ein großer Fortschritt, den wir keineswegs unterschätzen wollen. Allein eine Garantie der Preßfreiheit ist damit keineswegs geschaffen. Im Gegentheil, da wo das Klaffengefühl und das Klasseninteresse in's Spiel kommt, werden Geschworne viel leichter, als Richter vom Fach in Parteilichkeit verfallen. Bei der gegenwärtigen Angst der Wiener Bürger vor dem rothen Gespenst wäre z. B. ein sozialistischer Schriftsteller unzweifelhaft vor einem Geschwornengericht in größere Gefahr, als vor den kaiserlichen Gerichten. Die Preßfreiheit kann nur auf Eine Weise gewährleistet werden: durch die absolute Abschaffung aller politischen Preßprozesse, und die Stellung der Presse unter die allgemeinen Gesetze.

Ein auf größere Selbstständigkeit Galiziens hingelenender Antrag des Polen Zimialkowski ist vom österreichischen Abgeordnetenhaus einstimmig dem Verfassungsausschuß in schleunigster Berichterstattung überwiesen worden. Auch die Minister waren dafür. Dies zeigt, daß man um jeden Preis die Polen gewinnen will.

In einer Ausschüßsitzung des Abgeordnetenhauses haben die Minister Herbst (Justiz) und Hasner (Cultus) sich gegen die Einführung der obligatorischen Civilehe ausgesprochen, und erklärt, die Nothzivilhe genüge den Bedürfnissen des österreichischen Volks. Das heißt: die Civilehe soll nur denen, welche sie ausdrücklich verlangen, als „Luzus“ gestattet werden; während das Bedürfnis des Staats umgekehrt erheißt, daß die kirchliche Ehe bloß ein Luzusartikel der Gläubigen sei. Diese Conzession an die Geistlichkeit wird auf den persönlichen Einfluß des Kaisers zurückgeführt. Es fragt sich nun, was die Volksvertretung thun wird. Die Volksvertretung? Aber Oesterreich hat ja keine; was man so nennt, ist nichts als eine Vertretung der privilegierten Klassen; und so lange das allgemeine direkte Wahlrecht nicht für den Reichstag wie für die Einzellandtage eingeführt wird, ist an keine gesunde Staatsentwicklung zu denken.

Die Nachricht, daß Griechenland sich den Beschlüssen der Konferenz gefügt habe, war falsch. Das erbärmliche Zwergkönigreich hat noch nicht geruht, der Diplomatie Europas eine Antwort zu ertheilen und dadurch das Komödienhafte der Konferenz in ein recht grelles Licht gebracht.

Die französische Presse reißt gute und schlechte Witze über die jüngsten Kammerergüsse Bismarck-Stiebers.

Aus Spanien wird gemeldet, die provisorische Regierung wolle in Ermangelung eines möglichen Thronkandidaten bis auf Weiteres ein Direktorium, d. i. einen Regierungsausschuß ohne monarchische Spitze bilden. Republikaner aus Noth und wider Willen!

In der italienischen Kammer veranlaßten die Wahlsteuerunruhen heftige, ja stürmische Debatten, die jedoch im Sand verließen, wie das parlamentarische Brauch ist. Mit 207 gegen 157 Stimmen ward einfache Tagesordnung angenommen. Die Erschoffenen lehnen nicht ins Leben zurück und die Hungernden mögen die Todten begraben.

Nach Briefen aus Warschau hat die russische Polizei dort eine Razzia gemacht und Hunderte von jungen Männern verhaftet. Die Russen haben Furcht: Noch ist Polen nicht verloren; und die Stunde der Befreiung wird ihm schlagen.

obgleich durch Einführung des russischen Kalenders die Uhr der Zeit schlaue zurückgestellt worden ist.

Am Dienstag wurde das erstinstanzliche Urtheil in Sachen der „Spanischen Adresse“ verkündigt. Die drei Angeklagten sind der Verbreitung staatsgefährlicher, resp. republikanischer Lehren für schuldig befunden und Bebel und Liebknecht zu je dreiwöchentlichem, Tbieler zu vierzehntägigem Gefängniß, so wie alle Angeklagten gemeinsam in die Kosten verurtheilt worden. Gegen das Urtheil ist Einspruch erhoben und muß nun eine öffentliche Gerichtsverhandlung stattfinden.

Auf morgen (Freitag) ist der Redakteur dieses Blattes wegen der letzten Conspiration (Programm des „Felleisen“) vor Gericht geladen.

Wie uns amtlich mitgetheilt ward, hat der Herzog von Coburg sich entschlossen, den Prozeß gegen das „demokratische Wochenblatt“ nicht fortführen zu lassen.

Königlich preussischer Sozialismus.

Es ist bekannt, daß die preussische Regierung sich seit einigen Jahren viel Mühe giebt, die Arbeiterbewegung in die Hand zu bekommen. Auch hier ist die Politik Bismarck nicht originell. Schon 1840, nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. geschah dasselbe in Preußen, und damals hatte man es von den französischen Legitimisten und den englischen Jungtories*) gelernt, wie jetzt Bismarck-Wagener von Bonaparte. Daß der Adel auf die Bourgeoise nicht gut zu sprechen ist, daß er ihre Fehler auszuputtern liebt, und ihr die Arbeiter auf den Hals hegen möchte, hat seine sehr natürlichen Gründe; denn durch die Bourgeoise ist der Adel in vielen Ländern ganz, in den übrigen zum Theil der politischen Gewalt beraubt worden und, will er seine frühere Macht wieder erlangen, so muß er die Bourgeoise stürzen, was nur mit Hilfe der Arbeiter möglich. Es ist daher Ueberfluß an aristokratischen (wie auch aus ähnlichen Motiven an ultramontanen und pietistischen) Schreibern, welche die bürgerliche Gesellschaft der schonungslossten Kritik unterziehen, und von den sentimentalsten Järtlichkeiten für die industriellen Arbeiter überfließen, was selbstverständlich die Herren Aristokraten nicht daran hindert, ihre ländlichen Arbeiter auf das Schmachvollste zu mißhandeln und auszubeuten. Die Zahl der ländlichen Arbeiter verhält sich aber in Preußen zu der der städtischen (industriellen) wie 3:1.

Gegenwärtig befindet sich der preussische Junkerstaat am Vorabend einer gefährlichen Krise, und es ist daher nicht zu verwundern, daß man doppelte Anstrengungen macht, um die Arbeiterbevölkerung zu gewinnen.

Vor einigen Tagen brachte das Organ des Grafen Bismarck, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (der die „Behandlung“ der sozialen Frage zugewiesen ist), einen Aufsatz, in welchem, mit Berufung auf eine Schrift Robert von Mohls, die Maschinenarbeit als eine Folter des Geistes und Körpers bezeichnet und unter Andern folgende Forderungen aufgestellt werden: „gesetzliche Feststellung der Arbeitszeit, Betheiligung

*) Wir verweisen z. B. auf Disraeli's (des gestürzten Ministerspräsidenten) hochinteressanten, auch künstlerisch bedeutenden Roman „Sybil“, der, obgleich überseht, in Deutschland fast unbekannt ist, während die aus den modernen englischen Bucherfabriken hervorgehenden Schauer- und Muder-Romane vom „Volk der Denker“ verschlungen werden. Hätte Herr Max Hirsch „Sybil“ gelesen, so würde er nicht solchen Unfuss über die Trades' Unions geschrieben haben.

der Arbeiter am Reingewinn unter Aufsicht des Staats, Arbeiterpensionsklassen unter Verwaltung und Beihilfe des Staats, und Verpflichtung der Kapitalisten, den Ansprüchen der Arbeiter nachzukommen.“

Für die letzte „Forderung“ ließe sich etwas mehr Präzision wünschen, doch wie dem auch sei, an sich haben wir gegen das sozialistische Programm der „Norddeutschen“ nichts einzumenden. Schade nur, gleich dem

— Interim

hat es den Schalk hinter ihm.“

Und steckt besagter Schalk zwischen den Worten: „unter Aufsicht des (Stieber-Bismarck-Wagner'schen) Staats.“ „unter Verwaltung und Beihilfe des (Stieber-Bismarck-Wagner'schen) Staats“, seinen ordonnanzmäßigen Polizeischnurbart recht frech hervor.

Für Jeden ist der Schalk natürlich nicht abschreckend.

Möglich, ja wahrscheinlich, daß es den Junkern mit Hilfe der „heidenmässig vielen Gelder“ und anderer den Melkern der Staatskub zur Disposition stehender Lockmittel gelingen wird, ein paar „Führer“ zu kaufen; hier und da in abgelegenen Distrikten ein paar Krawalle zu veranstalten — allein so viel steht fest, die überwältigende Mehrzahl der preussischen, wie überhaupt der deutschen Arbeiter ist sich durchaus klar über das Wesen des königlich preussischen Sozialismus, und so lange die Junker nicht nach dem englischen Sprichwort: „Wer die Welt verbessern will, fange daheim an“ — handeln und ihr Landproletariat geistig und ökonomisch emanzipiren, wird ihnen einfach ein Schnippen geschlagen werden.

Seit wir das Obige geschrieben, hat Hr. v. Schweizer einen späteren sozialistischen Artikel des Hrn. Braß unter feierlicher „Begrüßung“ in seinen „Sozial-Demokrat“ (Nr. 11.) aufgenommen, und, natürlich unter einigen demokratischen Klauseln, die den Mitgliedern des allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins als Sand in die Augen gestreut werden müssen, die Uniform des königlich preussischen Sozialisten-Corps angelegt. „Die Gerechtigkeit verlangt unumwunden anzuerkennen, daß die Hemmnisse, die der Arbeiterbewegung von oben bereitet werden, in Preußen geringer sind als in anderen namhaften Staaten Deutschlands“, ruft Herr v. Schweizer gerührt. Ganz recht, und zwar aus dem einfachen Grund, weil die Preussische Regierung die einzige in Deutschland ist, welche die Arbeiterbewegung systematisch zu ihren reaktionären Zwecken auszubeuten sucht, und weil sie hierzu ein brauchbares Werkzeug in der Person des Herrn v. Schweizer gefunden hat.

Nachdem Herr von Schweizer sich pflichtschuldig als königlich preussischer Sozialist bekundet, greift er, ebenfalls pflichtschuldig, die „Sächsische Volkspartei“ an, und tischt die alten Denunziationschen von „dynastischem Partikularismus“, „Schonung“ des „liberalen Schwindels“ in Oesterreich, „Schonung der Sächsischen Polizeiwirtschaft“ u. s. f. auf.

Wir haben dem Hrn. v. Schweizer bereits erklärt, daß er keine Befugniß hat, von demokratischen Parteipflichten zu reden. Wir stehen eben auf verschiedenem Standpunkt. Daß wir nicht für „dynastischen Partikularismus“ wirken, weiß Hr. von Schweizer so gut wie die Sächsische Staatsanwaltschaft; daß man gegen den Hauptfeind den Hauptkampf richten muß, auch das weiß Herr v. Schweizer, darum bekämpft er vor Allem die Demokratie, wie wir das Bismarck'sche Regiment; und Niemand würde herzlicher über uns lachen, als Herr von Schweizer selbst, wenn wir so gutmüthig wären, uns gegen die Feinde des Hauptfeindes aufbeugen zu lassen. Was endlich die Behauptung anlangt, wir „schonten“ die öster-

reichischen und sächsischen Behörden, so ist das eine Lüge, eine Lüge, Hr. von Schweizer!

Der Doppelgänger des Herrn Bagener.

Der Auszug aus den stenographischen Reichstagsberichten hat doch seine Wirkung gethan. Nachdem Herr v. Schweizer 8 Tage vorher (Nr. 11 des „Sozialdemokrat“) vornehm erklärt hatte, er werde uns keiner Antwort mehr würdigen, erklärt er unterm 30. Jan. (Nr. 14 des „Sozialdemokrat“) „nochmals, aber (!) zum letzten Mal“, er habe ausdrücklich gegen die Militärvorlage gestimmt. Also erst „nicht für“ die Militärvorlage gestimmt, jetzt „gegen“ sie — ein unverkennbarer Fortschritt in der Wahrheitsverfälschung.

Wie oft sollen wir dem Herrn von Schweizer noch wiederholen, daß es sich von Anfang an gar nicht um seine Abstimmung gehandelt hat?

Wir haben ihm vorgeworfen und nachgewiesen, daß er sich in der Reichstagsitzung vom 17. Oktbr. 1867 für das Militärgesetz zum Wort gemeldet hat (wobei er, da das Bureau sich bei einem solchen „Sozialdemokraten“ verhält zu haben glaubte, das Unglück hatte, dies in der auffälligsten Weise „ausdrücklich“ sagen zu müssen).

Wir haben ihm vorgeworfen und nachgewiesen, daß er in der Sitzung vom 18. Oktober nicht nur für das Militärgesetz, sondern für die ganze Bismarck'sche Blut- und Eisenpolitik „bewundernd“ geredet hat.

Ob Herr von Schweizer bei der Abstimmung zugegen war oder nicht, läßt sich nicht feststellen, weil keine namentliche Abstimmung stattfand. Möglich, daß er in irgend einer Ecke saß; gewiß, daß wir ihn, trotz scharfen Ausschauens nicht gesehen haben.

Sollte indeß Herr von Schweizer wirklich unbemerkt gegen das Militärgesetz gestimmt haben, für das er öffentlich vor dem ganzen Reichstag, laut stenographischem Bericht, gesprochen hat, so wäre das nur ein neuer Beweis der Gefinnungslosigkeit des Herrn von Schweizer.

Welcher Ausdruck paßt für einen Menschen wie Herr v. Schweizer, der dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein den „Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation“ empfiehlt, und die Arbeitervereine, welche diesen Anschluß bereits öffentlich vollzogen haben, systematisch beschadet und verdächtigt?

Die Leipziger Polizei

dürftet nach der Unsterblichkeit. Kaum hat sie Deutschland, ja selbst das verwunderte Frankreich mit dem Ruhm ihrer Thaten gegen die Arbeitervereine erfüllt, so ist es ihr auch schon gelungen, ein neues „Feld der Ehre“ zu entdecken, ihren Heldennuth aufs Neue zu bethätigen. Sollte der Eine oder der Andere den jüngsten Kreuzzug, des Object's wegen, etwas unritterlich oder gar komisch finden, so sei daran erinnert, daß das Lächerliche unmittelbar neben dem Erhabenen liegt, und daß selbst die hoch- und schwarzfinnigsten Geister mitunter die Grenzlinie nicht sehen. Doch zur Sache. „Mit welcher wahrhaft rührenden Sorgfalt, so schreibt man uns, die Leipziger Polizei über das Wohl der ihrer Aufsicht Befohlenen wacht, zeigt sich recht deutlich in einer Maafregel, über die uns Folgendes mitgetheilt wird: Unsere Droschkenkutscher hatten vor noch nicht

langer Zeit bei Eintritt der Kälte zum Theil den vorchristmässigen Hut mit der Pelzmütze vertauscht, während ein Theil den Hut beibehielt. Diese Ungleichheit mochte dem Schönheitsfing der Polizei störend erschienen sein und so verordnete sie, daß vom nächsten Tage an, jeder Droschkenkutscher einen Hut aufsetzen sollte. Mochten nun einige derselben mit dieser Maafregel nicht zufrieden sein, weil sie vielleicht glaubten, die Pelzmütze sei im Winter praktischer als der Hut, oder hatten einige die Hüte zur Reparatur gegeben, oder mußten sie sich erst neue kaufen, kurz, die weise Anordnung der Polizei wurde nicht von allen Droschkenkutschern sofort beachtet. Ein solches Verbrechen konnte natürlich nicht ungestraft bleiben und jeder dieser Kosselener, der mit der Pelzmütze ertappt wurde, mußte 15 Ngr. Strafe zahlen. Wer nun diese Strafe nicht in Geld abmachte, erhielt einen Tag Quartier am Naschmarkt*, aber nicht Freiquartier, denn er mußte noch 17 Ngr. dafür bezahlen.

Wenn man nun erwägt, welch Unglück es für Leipzig geben könnte, wenn nicht alle Droschkenkutscher gleichmäßige Kopfbedeckungen hätten, so muß man die zärtliche Sorgfalt um das Wohl der Stadt und die hohe Weisheit der Leipziger Polizei bewundernd erkennen; ja

„erhalt uns Gott die Polizei,
sie ist sehr nützlich ohne Zweifel.“

Die demokratische Partei und nicht Fortschrittspartei.

Die „demokratische Partei“ zu Dresden hat den in voriger Nummer gekennzeichneten Zwist in einer am 29. Januar abgehaltenen Versammlung richtig durchgeföhrt und dabei folgende von Adv. Schrap's eingebrachte Resolutionen angenommen:

- 1) daß sie die vom 23. d. Mon. datirende Erklärung einer Anzahl liberaler Politiker, veröffentlicht in der Nummer des „Dresdner Journals“ vom 24. d. Mon. als im Namen der demokratischen Partei erlassen nicht anerkenne;
- 2) daß sie die „demokratische Partei“ nicht als eine und dieselbe mit einer „deutschen Fortschrittspartei“ betrachte;
- 3) daß sie keinen Anlaß finde, von ihrem früheren Beschlusse betreffs des rechtlichen Fortbestandes des Verfassungs- und Wahlgesezes vom Jahre 1848 und bezüglich der Nothwendigkeit des allgemeinen gleichen und direkten Stimmrechts zurückzugeben und daher sich der Betheiligung an den Wahlen enthalte.

Ueber den letzten, auch von Dr. Otto Walster beanstandeten Satz der dritten Resolution wurde auf Professor Wigard's Antrag besonders abgestimmt, derselbe jedoch nach der Erläuterung, daß eventuelles Bekämpfen eines anstößigen Candidaten durch andere Mittel als Stimmabgabe nicht ausgeschlossen sei, ebenfalls mit Stimmenmehrheit angenommen.

Dann wurde der Ausschuß fürs nächste Halbjahr neugewählt und erhielten Schrap's und Petermann je 15, Hirschbold 12, Wigard 11 Stimmen. Auf die übrigen Namen hatte sich keine absolute Majorität vereinigt, und läßt sich daher, zumal Wigard sich die Entscheidung über Annahme der Wiederwahl vorbehalten, (wie uns brieflich mitgetheilt wird, hat er abgelehnt) die vollständige Namensliste des neuen Ausschusses noch nicht mit Sicherheit angeben.

Zum besseren Verständniß dieser Vorgänge theilen wir aus einem Privatbrief eines unserer Dresdner Freunde Folgendes mit:

„Die Wendung, welche die Verhandlung vorigen Freitag

*) Im Polizeigefängniß.

genommen hat, entsprach keineswegs unseren Absichten. Sie wurde herbeigeführt durch das überraschende Vorgehen Wigard's, die Bierzechner-Erklärung zum Ausgange einer Polemik gegen den Separatismus — der „Volkspartei“ zu machen, und aus Anlaß eines durch jenes Aftenstück provozirten tabelnden Artikels in der „Zukunft“ über einseitige Führerpolitik, welcher (wohl zu beachten) der Zeit nach aus zweiter Hand an ihn gelangt sein mußte, sein solidarisches Einsehen für die übrigen Dreizehn zu erklären. Wie beiläufig diese die Solidarität verhandelnden, zeigten sie durch ihr männliches Ausbleiben aus der Freitagaverhandlung, ein Beispiel davon, was man von ihrem Einsehen für einander zu erwarten hat. Da pflegen es allerdings die als Mitglieder der „Volkspartei“ Bezeichneten anders zu halten, wie in der Freitagaverhandlung selbst wahrzunehmen war, und diesem Verlaß aufeinander, von dem bei einer durch momentane Nützlichkeitsrückichten gestifteten Compromißvereinigung nicht die Rede ist, verdankten sie bisher und auch an jenem Abende ihren Erfolg; daß ihnen dieser mit Rücksicht auf den Mann, gegen den er erstritten werden mußte, keine Freude machte, brauche ich nicht erst zu versichern. Bei Beginn der Versammlung hatte man gehofft, die nur noch formell zu vollziehende Trennung von Denjenigen, welche in der Bierzechner-Erklärung bereits zu offener Feindseligkeit (einen Ueberfall aus dem Hinterhalte nannte es Petermann, auf den er mit offener Absage geantwortet) verschritten waren, durch einfache Feststellung der abweichenden Grundsätze zu vollziehen. In so ungläublicher Weise beschuldigt, konnte man nicht länger anstehen mit dem Vorhalt alles dessen, was von der andern Seite seit der Neunzechner-Erklärung versucht, verabredet und nach Belieben wieder ignorirt worden war. Freilich hätten für alles dies, wie Schrapz ausdrücklich betonte, grobentheils ganz andere Leute als Wigard verantwortlich gemacht werden sollen. Allein seine, in ungerechtfertigter Generosität abgegebene Solidaritätserklärung schnitt jeden andern Entschluß als den der radikalen Scheidung ab und verschloß zugleich den sonst schon, aus Rücksichten auf die Hohensteiner Besprechung gern ergriffenen Ausweg, den Beschluß über die Wahlfrage zu vertagen. Es galt jetzt unter allen Umständen sogleich eine vollkommen klare Stellung einzunehmen, und dies ist trotz der hier und da beliebten Deutung der Beschlüsse: es könne denselben dem Wortlaute nach in den meisten Punkten auch die Fortschrittspartei zustimmen, erreicht worden. Man weiß jetzt allerseits, woran man ist, sowohl mit der Fortschrittspartei als mit der Demokratie und dies ist unter allen Umständen ein Fortschritt.“

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Unsere Freunde in Berlin haben das Gesuch an den Vorort gerichtet, derselbe solle die Parteigenossen zur Unterstützung der Wahl des Social-Demokraten Herrn Hasenklever im Wahlkreise Duisburg-Mühlheim auffordern. Der Vorort würde über die Wahl eines so würdigen Arbeiterkandidaten höchlich erfreut sein und hat als Beweis seiner Sympathie an Herrn Hasenklever eine kleine Summe für Agitationszwecke abgesandt; von einer allgemeinen Aufforderung hat der Vorort aus dem einfachen Grunde abgesehen, weil die eigne Parteithätigkeit alle Kräfte in Anspruch nimmt. Wenn aber, dessen ungeachtet, Parteigenossen in der Lage sein sollten ein Mehr thun zu können, dann bitten wir sie die Gelder an Herrn Lohgerber Hasenklever in Halber (Rheinprovinz) einzusenden; aber recht bald, denn am 25. d. M. soll

die Wahl stattfinden und der Kampf wird ein heißer sein, da alle übrigen Parteien: Fortschrittler, National-Liberale und Conservative sich verbunden haben, um den gefürchteten Social-Demokraten aus dem Felde zu schlagen. Herr Hasenklever ist ein bewährter Verfechter der Volksache, der er schon 1848 seine Kräfte gewidmet hat; sein Wahlsieg wäre für die Demokratie ein großer Gewinn.

Von zwei Seiten wird die Frage an uns gerichtet, warum der Vorort aus seinen Sitzungsprotokollen nicht mehr veröffentliche. Der Grund hierfür ist ein rein taktischer, den wir gelegentlich per Circulair den Parteigenossen mittheilen wollen; wir sind überzeugt, daß er von jedem gebilligt wird. Daß der Vorort rastlos thätig ist, dafür legt unser Organ hinlänglich Zeugniß ab. Seit dem 10. Sept. v. J. bis heute weist die Ausgangsregistrande an Briefen, Paketen und Kreuzbandsendungen 1897 Nummern nach, die Eingangsregistrande 277 Nummern. Ein Flugblatt betitelt: „Was bezwecken die Gewerkschaften“ wird in den nächsten Tagen an alle Vereine versandt werden.

Herr von Schweizer, der noch immer in „Familienangelegenheiten“ (sic) von der Berliner Polizei aus dem Gefängniß beurlaubt ist, klagt in No. 14 des „Social-Demokrat“ über den „traurigen Stand der Arbeiterbewegung in Sachsen“ und kündigt an, daß in nächster Zeit „auch in Sachsen“ die Agitation beginnen werde.

Wir wollen Herrn v. Schweizer, ob zum Troste wissen wir freilich nicht, mittheilen, daß es mit der Arbeiterbewegung in Sachsen sehr gut, sogar ausgezeichnet steht, wie die Berichte in diesem Blatte schon hinlänglich erkennen lassen. Wenn Herr von Schweizer freilich den Werth und die Größe der Arbeiterbewegung in Sachsen nach seinem Anhang bemißt, da siehts allerdings traurig aus, sehr traurig und hat er Recht, wenn er klagt. Bessern wird er darin aber auch Nichts, dafür stehen wir, Er oder seine Agenten mögen nur kommen, sie werden uns gerüstet finden. Unsere Parteigenossen fordern wir hiermit auf, uns sofort brieflich oder telegraphisch Nachricht zu geben, sobald Herr v. Schweizer oder seine Agenten in irgend einem Orte Versammlungen anberaumen. Näheres besagt ein Circulair, das wir, dieser Sache versenden werden.

Unsere Parteigenossen in Süddeutschland fordern wir hierdurch ebenfalls wiederholt auf, den Agenten des Herrn von Schweizer gegenüber ihre Schuldigkeit zu thun und nach den in unserem Circulair: „An die Verbands- und Parteigenossen in Süddeutschland“ entwickelten Gesichtspunkten zu verfahren. D. A. B. V. Weimar sandte den Verbandsbeitrag für 1869. Leipzig, den 3. Februar 1869.

Für den Vorort:
Bebel.

Zürich, 18. Jan. Ein wackerer Kämpfer der Freiheit hat zu athmen aufgehört, Georg Fein, der treue Verfechter des Republikanismus hat für immer die Augen geschlossen. Der „Republikaner“ widmet ihm folgenden Nachruf: „Soeben trifft die Trauerkunde ein, daß Dr. Georg Fein nach längerem Leiden in Dießenhofen verstorben ist. Er war ein unvergeßlich reiner Republikaner, der Mitstifter der Freischaarenzüge gegen Luzerns Jesuiten*), also ein Miturheber der neuen Bundesverfassung, dabei der Stifter der deutschen Arbeiterbildungsvereine,

*) Die damals von Herrn Bluntschli auf's Eifrigste unterstützt wurden. Wenn Herr Bluntschli heute ein eben so eifriger Verfechter des Großpreußenthums ist, kann man ihm wenigstens keine Inkonsequenz vorwerfen. Im „protestantischen“ Berlin hat der Jesuitismus seine höchste Vollendung erlangt.
Ann. d. Red.

der allezeit opferbereite Pfleger alles Vernünftigen und Freien, was es je auf deutsch-schweizerischem Boden seitdem gegeben hat. Das erste Attentat gegen den verruchten, nun vor ihm verblichenen „Bundesstag“ von 1833, führte ihn in die Schweiz; er wurde mit dem Bürgerrecht von Baselland beehrt, half die Freischaarenzüge gegen das Jesuitenthum organisiren, trat selbst ein in die unvergänglich treuen Corps von Baselland. Er siedelte dann, nach langer Gefangenschaft, nach Viesal, dann nach Zürich über, verlebte hier in steter Thätigkeit für Organisation aller deutsch-schweizerischen Kräfte seine glücklichste Zeit, bis ihm die liebe Frau durch den Tod entrißen ward. Seitdem war er wie gebrochen; er suchte und fand Ruhe in einem befreundeten Hause in Dießenhofen, hörte aber auch in seinen ältesten Tagen nie auf, mitzurathen und zu thun für Alles, was frei hieß und war für alles Gute und Wahre.“

Brüssel. Die Debatte über Frauen- und Kinderarbeit wurde am 23. Januar wieder aufgenommen, und da das Ministerium befürchtete, daß sich die Opposition der Sache bemächtigen würde, erklärte es sich bereit, auf den Vorschlag Delhugues einzugehen und eine betreffende Petition anzunehmen. Die Kammer faßte dann einen dahin zielenden Beschluß, und so wird nun die Angelegenheit in einem beliebigen Ministerpult schlafen, bis das Volk einmal in die Ministerpulte hineinblickt.

Göppingen, d. 30. Jan. Die Gewerksgenossenschaftsbewegung wird nun auch im Schwabenlande Boden gewinnen. Nächsten Sonntag soll in Gßlingen die erste allgemeine Arbeiterversammlung sein, an der Bürger von hier, Wilhelm von Geißlingen und Greulich aus Zürich theilnehmen. Nach dieser sollen noch mehrere andere Orte dran kommen.

Die Sendlings Schweizer sollen warm empfangen werden, unsere Leute sind von ihrem Kommen aller Orten in Kenntniß gesetzt worden und haben die nöthigen Vorbereitungen getroffen. Großpreussische Bourgeois haben wir bis jetzt schon im Schwabenlande gehabt, großpreussische Socialisten aber sind eine Menschenart, die wir bis jetzt noch nicht kennen und die im Schwabenland auch nicht gedeihen wird, verlassen Sie sich darauf.

Nürnberg, d. 31. Januar. Der Arbeiterbildungs-Verein hat es abgelehnt sich der Adresse des Brudervereins „Zukunft“ an die Reichsrathskammer anzuschließen. So entschieden und scharf die Erklärung des genannten Vereins ist, so konnte sie nicht die Ueberzeugung umstoßen: daß von diesem höchst reactionären Institut, bestehend aus auf ihre Geburts- und Geldprivilegien pochenden Prozen, keine vernünftige Anschauung erwartet werden kann. Sollten diese Leute dennoch einsehen, daß die Gemeindegesetzgebung, wie sie in der Kammer der Abgeordneten durchgegangen ist, nichts taugt, so kann man ihnen doch nicht zutrauen, daß sie ihrem Haß gegen Alles, was liberal ist, untreu werden sollten.

Unser Verein hat beschlossen, eine Volksversammlung zu berufen, um gegen dies saubere Nachwerk öffentlich zu protestiren und der Abgeordnetenkammer ein Misstrauensvotum auszusprechen. —

In diesen Tagen wird hier ein Volksverein gegründet. — Sollten Schweizerische Reiseprediger hierherkommen, um den Arbeitern weiß machen zu wollen, daß, auch ohne Politik zu treiben, sich doch eine Aenderung der socialen Mißstände bewirken lasse, so würden sie bei dem gesunden Sinne der Mehrtheit unserer Arbeiter, die immer mehr einsehen lernen, daß nur im demokratischen Staat eine Besserung eintreten kann, glänzend abfahren. —

Darmstadt. Der Antrag der Herren Dehnen, Edinger und Dumont zu Gunsten des Coalitionsrechts lautet: „Hohe Kammer wolle die Regierung ersuchen, den Ständen eine Gesetzesvorlage zu machen, Zwecks Gewährung des Coalitionsrechts für Arbeiter und Arbeitgeber und Aufhebung, bezugsweise Abänderung der Bestimmungen, der Art. 184 u. 185 des Strafgesetzbuches. Weiter: Bei der Bedeutung, welche die Arbeiterfrage in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht einnimmt, ist es von dringender Wichtigkeit, diejenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche der freien Verwerthung der Arbeitskräfte und der freien Bewegung der Arbeiter und Arbeitgeber entgegenstehen. Eine solche beschränkende Bestimmung enthält der Art. 184 und in seiner Consequenz der Art. 185 unseres Strafgesetzbuches. Das Verbot der Vereinigung zu den in dem ersten Artikel angegebenen Zwecken gilt zwar gleich sehr für Arbeiter und Arbeitgeber, soll also keinen Klassenunterschied konstatiren. Dies ist indessen nur formell der Fall, denn das Verbot trifft die Arbeitgeber nicht, weil ihre geringe Zahl und ihre soziale Stellung es ihnen sehr leicht macht, Verständigungen unter einander zu treffen. Daß dies sehr häufig geschieht, dafür könnten Beweise leicht und täglich beigebracht werden. Ganz anders verhält es sich aber bei den Arbeitern. Sie können ihrer Zahl wegen Vereinbarungen nicht abschließen, auch mit dem Gesetze in Konflikt zu gerathen; sie, nur sie allein werden also von der Beschränkung getroffen. Das Gefühl der Ungleichheit der Lage in der Wahrung wichtiger Lebensinteressen, das Bewußtsein der Ohnmacht in dem ungleichen Kampfe, in welchem sich die Arbeiter vereinzelte Individuen der geschlossenen Macht des Kapitals gegenüber befinden, treibt die Arbeiter in die Arme Derjenigen, die mit überkommunistischen Lehren Staat und Gesellschaft zu untergraben suchen.“

Was dem Einzelnen nicht verboten ist, darf auch nicht verboten sein, wenn dieser Einzelne sich mit Mehreren verbindet, die an demselben von ihm Erreichten ein gleiches Interesse haben; es ist doch klar, daß in gar vielen Fällen es nur gemeinsamen Bestrebungen gelingen kann, bessere Bedingungen zu erzielen. Dies hindern wollen, heißt: ein natürliches Recht verletzen. Der Einwand, daß das Coalitionsrecht zum Nachtheil der Arbeiter ausfallen werde, ist durch die Thatfachen in England genügend widerlegt. Was es auch sein, daß die Coalitionsfreiheit hier und da zum Schaden der Arbeiter gereichen wird, indem sie einen unzeitigen Gebrauch davon machen, so dürfte doch nicht verkannt werden, daß auch die Arbeitgeber von den Arbeitereinstellungen viel zu fürchten haben, daß somit ein gemeinsames Interesse auf Vermeidung derselben durch Einsetzung von Schiedsgerichten hinwirken wird, wie diese sich in England in Folge der Coalitionsfreiheit entwickelt und als von großem und heilsamem Einfluß erwiesen haben. Nur wirkliche, nicht eingebildete Gleichheit vor dem Gesetze wird der Einführung der Arbeiter zu politischen und sozialen Irrthümern die Bahn abbrechen. Dem möglichen Einwande, daß die Coalitionsfreiheit in unserem Lande, das mehr dem Ackerbau als der Industrie obliegt, nicht von großem praktischen Werthe sein werde, begegnen wir mit dem unbestreitbarem Satze, daß das Recht überall seine Stelle finden muß, daß es überhaupt ein Irrthum ist, zu glauben, es könne ohne die bei unseren Arbeiterverhältnissen ohne schweren Nachtheil unberücksichtigt bleiben. Einen schwer wiegenden Einwand könnte man uns damit machen, daß man die Stände auf die bevorstehende Gewerbegesetzgebung für den Norddeutschen Bund hinwiese, bei welcher Gelegenheit auch die Frage über die Coalitionsfreiheit geregelt werden wird; wir nehmen aber deshalb keinen Anstand, dieselbe dem hohen Hause in diesem unserem Antrage zu unterbreiten, damit die groß. Regierung, falls sie nicht selbstständig vorgehen wollte, in dem Ausspruche der Kammer die Richtschnur für ihr Verhalten in dieser Frage bei ihrer Abstimmung im Bundesrathe finden möge.“

Wir haben nicht nöthig zu bemerken, daß wir den Antrag freudig begrüßen. Wir hätten nur gewünscht, daß man den etwas antiquirten Popanz der „kommunistischen Lehren“ weggelassen hätte. Ans „Theilen“ denkt kein vernünftiger Arbeiter, und zum „Kommunismus“; d. h. zu dem Grundsatze, daß das Interesse der Allgemeinheit über dem Sonderinteresse des Einzelnen steht, bekennt sich hoffentlich die gesammte Demokratie.

Gelnhausen, den 3. Febr. Unsere Schuhmacher-Zunft hat sich vor einigen Wochen hier aufgelöst; wir haben Ausschickung, daß sämmtliche Mitglieder (Kleinmeister und Gesellen) sich zu einer Gewerksgenossenschaft vereinigen. Unser Vorstand selbst Schuhmachermeister, wird seinen ganzen Einfluß aufwenden, um es dahin zu bringen.

Weimar, den 31. Jan. Der Anschluß an das „Nür-

berger Programm“ hat unserm Arbeiterbildungs-Verein viele neue Mitglieder und auch kräftige Unterstützung von anderer Seite zugeführt. Die hiesigen Demokraten halten öfter Vorträge in unserem Vereine; auch haben unsere Mitglieder das Recht an allen Versammlungen des Demokratischen Vereins theil zu nehmen.

Coburg, den 2. Febr. Am 25. Januar hat sich hier eine Gewerksgenossenschaft der Holzarbeiter gebildet; von 26 Anwesenden traten 22 sofort dem Vereine bei. Die Einschreibgebühr wurde auf 5 Sgr., der wöchentliche Beitrag auf 1 Sgr. festgesetzt, wovon $\frac{1}{2}$ Sgr. der Krankenkasse zufließen soll. Die Wahl des Vorstandes, der aus drei Personen besteht, und die Wahl von 2 Aufsichtsräthen wurde ebenfalls vorgenommen.

Dresden, d. 2. Febr. Gestern feierte der hiesige Arbeiterbildungs-Verein das Fest seines achtjährigen Bestehens. In der Festrede motivirte Bahlkeich unter großem Beifall die Berechtigung der Arbeiterbewegung vom rein humanistischen Standpunkte. Der von dem ersten Vorsitzenden, Gledißsch, vorgetragene Geschäftsbericht zeigte, wie unter schwierigen Verhältnissen der Verein gleichwohl jedem Theile seiner vielfältigen Aufgabe gerecht zu werden bemüht sei. Ein erfreuliches Zeugniß für die vorurtheilsfreie Auffassung, welche die löbliche Thätigkeit des Vereins bei außerhalb desselben Stehenden findet, liefern die demselben zugesprochenen Unterstützungen, unter welchen, neben dem städtischen Zuschusse von 100 Thlr. und zum Theil ansehnlichen Privatbeiträgen, ein Geschenk von 100 Thlr. aus den Ueberschüssen der im vorigen Jahre zu Dresden abgehaltenen Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte. Der Besuch des Festes war ein äußerst zahlreicher, und die Ausdauer der Theilnehmer, welche nach Beendigung des Festes und Aufhebung der Tafel noch bis 4 Uhr Morgens den großen Saal der Centralhalle in lustigem Reigen füllten, mußte für jede Vereinsthätigkeit. Von den früher in großer Zahl den Stiftungsfesten des Arbeitervereins bewohnenden Führern der liberalen Partei ist schon seit Jahren Keiner mehr erschienen. Nur der Vorsteher der Stadtverordneten, Hofrath Ackermann, sowie von Seiten des Comité's der Naturforscherversammlung Hofrath Schlömilch waren zugegen. Aber ganz unvertreten war die „alte Garde“ der Freiheitskämpfer aus den 40er Jahren, deren Verdiensten, nicht ohne schmerzliche Erinnerung an einen Zwischenfall der letzten Tage, rühmende Anerkennung gezollt wurde, darum doch nicht: und mit sympathischem Gruß schrie man das graue Haupt des einzigen aus ihrer Reihe anwesenden Amtmann Hirschold von Wolfenstein.

Nimmt man hinzu, daß von der Presse Adv. Siegel in Person erschienen war und unter den der Mehrzahl persönlich nicht bekannten fremden Theilnehmern sich Angehörige, in deutschen Arbeiterkreisen nur selten vertretener Nationalitäten befanden, so wird man zugeben, daß die Versammlung, trotz der mäßigen Zahl dem Vereine nichtangehöriger Elemente, ziemlich bunt zusammengesetzt war und begreiflich finden, daß, als hierzu die Gelegenheit eröffnet war, ohne eigentliche Veranstaltung in Rede und Gegentrede ein mehr munteres und viel erquicklicheres Leben sich entfaltete, als wenn man in ängstlicher Weise eine conventionelle Farblosigkeit zur Schau zu tragen sich bemüht hätte. Möge dieser Vorzug auch den Vereinsversammlungen erhalten bleiben, der Verein wird dabei am besten gedeihen.

Crimmitschau, den 2. Febr. In einer Versammlung am 28. Januar im hiesigen Volksverein waren die Vorstände von 27 Vereinen und Kassen vertreten; im Ganzen waren über 400 Mann zugegen. Die Vorträge von Stolle und Rotteler über die Gewerksgenossenschaften riefen eine wahre Begeisterung hervor und wurde schließlich einstimmig

beschlossen, sofort überall Listen auszulegen und die Zeichnungen vorzunehmen. Die Stimmung ist ausgezeichnet; mit Spannung warten wir auf die Kunde von anderwärts.

St. Egidien, den 31. Jan. Wir haben vergangenen Sonntag den ersten Geburtstag unseres Volksvereins gefeiert. Herr Stolle von Crimmitschau war hier und hielt die Festrede, die ausgezeichnet war und allgemeinen Beifall fand. Unser Verein, der so schon für den hiesigen Ort als sehr stark bezeichnet werden darf und bei allen Wahlen für den Ort den Ausschlag gegeben hat, ist durch diese Feier um eine Anzahl neuer Mitglieder noch verstärkt worden.

Oberlungwitz, den 2. Febr. Unser Volksverein hat sich in der letzten Zeit mit der Gewerksgenossenschaftsfrage viel beschäftigt und ist in Folge dessen zunächst mit der Gründung einer Krankenkasse vorgegangen, die große Sympathien gefunden hat. Das Vorgehen der Crimmitschauer Freunde wurde freudig begrüßt und hoffen wir, daß die Generalversammlung recht bald stattfindet. Die Hapsfeldter halten hier zeitweilig Versammlungen ab, es will ihnen aber nicht gelingen, rechten Boden zu fassen; kommt die Gewerksgenossenschaft in Gang, dann sind sie todtgemacht.

Penig, den 1. Febr. Früher bestand hier eine Gemeinde von Anhängern der Gräfin Hapsfeldt, die aber seit einiger Zeit vollständig eingegangen ist. Auch Herr v. Schweizer zählte eine Anzahl Anhänger, aber auch diese sind anderen Sinnes geworden und haben sich unserer Partei zugewandt. Herr Kreising, der intelligenteste der ehemaligen Anhänger Schweizers, ein sehr tüchtiger Mann, hat einen Arbeiter-Unterstützungsverein, der auch Bildungszwecke verfolgt, ins Leben gerufen, der sich sehr gut entwickelt hat und jetzt schon 95 Mitglieder zählt. Der Verein wird sich dem deutschen Arbeitervereinsverband anschließen, auch hofft er, daß Herr Bebel, der vorigen Sonnabend auf einer Agitationsreise hier war, uns später wieder besuchen wird, um einen Vortrag über die Arbeiterbewegung zu halten und dadurch neue Mitglieder heran zu ziehen.

Grünau im Erzgebirge, den 31. Jan. Vorigen Sonntag hielten wir hier eine Arbeiterversammlung ab, welcher der Vorstand des Arbeiter-Vereins in Schönau, Werler, präsidirte. Es handelte sich um das Krankenkassenwesen, indem unsere Fabrikanten den Versuch machen wollten, die hier bestehende Krankenkasse in ihre Verwaltung zu bekommen. Herr Dohauer aus Zwickau und Herr Häußler aus Wilkau sprachen in längeren Vorträgen zu der Versammlung und fanden allgemeinen Beifall. Die Versammlung dauerte von 5—8 Uhr und schloß mit einer Sammlung für die feiernden Baseler Färber, die 2 Thlr. ergab, welche ich hiermit übersende.

Lützenau, d. 2. Febr. Am letzten Sonnabend Abend ging's in unserm Städtchen sehr lebendig zu. Herr Bebel aus Leipzig war hier und hielt einen Vortrag über die sociale Frage in einer Versammlung, die von vielen hunderten hiesigen Arbeitern besucht war. Opposition war leider trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden nicht vorhanden, sonst wäre die Versammlung noch interessanter geworden. Unser Arbeiterverein, der unter der Leitung Hupfers in erfreulicher Weise aufgeblüht ist, hat durch diese Versammlung einen bedeutenden Zuwachs erhalten.

Burgstädt, den 1. Febr. Eine Versammlung, wie wir sie bis jetzt hier noch nicht gehabt, wurde gestern in dem nahe gelegenen Burkhardtsdorf im Saale zum goldenen Löwen abgehalten. Herr Bebel aus Leipzig sollte einen Vortrag über die „sociale Frage“ halten. Der sehr geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, 1500 Personen mochten

mindestens zugegen sein. Die in hiesiger Gegend vorhandenen Parteien waren sämtlich vertreten, Herrn v. Schweizer's Anhänger von Chemnitz, Limbach und dem hiesigen Ort, die Hagfeldter von Chemnitz und Umgegend, unsere Leute von Lunzenau und der Nachbarschaft. Herr Hupfer von Lunzenau eröffnete die Versammlung und forderte zur Wahl eines Vorsitzenden auf. Stiegler (Schweizerianer), Große (Hagfeldter) und Hupfer von unserer Seite wurden vorgeschlagen. Die ersten beiden erhielten nur eine kleine Minorität, Hupfer die Majorität, dieser war somit gewählt. Herr Bebel hielt nun einen anderthalbstündigen Vortrag unter gespanntester Aufmerksamkeit der Versammlung. Näher auf diesen Vortrag einzugehen, mangelt mir die Zeit. Er erhielt am Schlusse einen wahren Sturm von Beifall. Herr Bebel (Hagfeldter) aus Chemnitz erhielt zunächst das Wort. Er erklärte, er sei mit dem Vortrag des Herrn Bebel vollständig einverstanden, derselbe habe die Arbeiterfrage so klar geschildert, daß man sie besser nicht schildern könne. Nur mit den Gewerksgenossenschaften sei er nicht einverstanden, dadurch entsände eine Zersplitterung der Arbeiter, keine Einigung. Herr Neukirchner (Schweizerianer) erklärte sich auch mit Herrn Bebel's Vortrag einverstanden: es sei zu bedauern, daß die Arbeiter bei aller Uebereinstimmung in den Prinzipien nicht einig seien, das läge aber wohl an den Führern, die die Spaltung aufrecht erhielten. Redner kritisierte dann die sächsischen Zustände, namentlich das neue Wahlgesetz, das den Arbeiterstand vom Wahlrecht ausschliesse. Herr Bebel antwortete auf die vorhergegangenen Redner. Herrn Bebel machte er klar, was die Gewerksgenossenschaften bezweckten und wies nach, daß es kein besseres Mittel geben könne, alle Arbeiter in die social-politische Bewegung hereinzuziehen und sie zum gemeinsamen Handeln zu bewegen. Herrn Neukirchner gegenüber bemerkte er, daß er mit ihm gleicher Ansicht sei in Bezug auf die Spaltung der Arbeiter. Die „Führer“ trügen allerdings wesentlich die Schuld. Er für seine Person sei bereit seine sogenannte Führerschaft sofort niederzulegen — und glaube das auch im Namen seines Freundes Liebknecht*) versichern zu können —, wenn Hr. Neukirchner und Genossen Hr. v. Schweizer, und Hr. Bebel und Genossen Herrn Försterling und Herrn Mende zu dem gleichen Schritte bewegten. Dann möchten alle drei Fraktionen der Arbeiterpartei zusammentreten und sich neue Führer wählen, vorausgesetzt, daß sie es überhaupt für nothwendig hielten, sich „Führer“ zu nehmen. Im Laufe der Debatte sprachen außer den schon bis jetzt genannten Rednern die Herren Vogel (Anhänger Schweizers), Kröhnert und Schneider (Hagfeldtianer). Herr Stiegler aus Chemnitz warf zuerst die Personenfrage in die Debatte, er griff Herrn Bebel an, weil er ebenfalls Gewerksgenossenschaften gründe, und sang ein Loblied auf Herrn v. Schweizer. Herr Bebel habe den wahren Grund der Spaltung nicht angegeben, dieser wurzele in seinem Haß gegen Schweizer. Herr Bebel antwortete in einer längeren Rede. Er habe absichtlich die Persönlichkeiten aus dem Spiele gelassen, weil das der erste Anlaß zu Scenen sei, wie sie kürzlich in Dresden, Chemnitz und vor 8 Tagen in Berlin vorgekommen seien. Solche Scenen seien eine Schmach für den deutschen Arbeiterstand. Nachdem aber Herr Stiegler die Personenfrage hereingeworfen, sei für ihn kein Grund mehr vorhanden, persönlichen Erörterungen auszuwei-

chen. Er gab nun eine Schilderung des Auftretens des Herrn v. Schweizer vom Frankfurter Schützenfest bis auf den heutigen Tag, die für Hr. v. Schweizer vernichtend ausfiel und rauschenden Beifall in der Versammlung hervorrief. Herr Stiegler suchte den Compromiß Schweizers bei der Elberfelder und Düsseldorf'ser Wahl zu entschuldigen, gab sich aber solche Blößen, daß es Herrn Bebel kinderleicht wurde, ihn aus dem Felde zu schlagen. Herr Stiegler hatte unter andern auch gesagt, daß Herr Bebel früher ein Anhänger der Fortschrittler gewesen sei, die Cassale „alte Weiber“ genannt habe. Herr Bebel antwortete darauf, das sei er allerdings gewesen und mit ihm wahrscheinlich mehr als die Hälfte aller heutigen Sozial-Demokraten. Herr v. Schweizer sei dies aber nicht allein früher gewesen, sondern sei es jetzt noch, wie er (Bebel) auf einer Stelle seiner Rede in der Militärdebatte (die er vorlesen beweisen könne; auch habe Herr v. Schweizer im Sozial-Demokrat häufig betont, daß er in politischen Fragen stets mit der Fortschrittspartei gestimmt habe, folglich zu denen gehöre, die nach der eignen Ansicht Herrn Stiegler's „alte Weiber“ seien. Nach vierstündiger Dauer der Versammlung waren die Gegner so schwach, daß Keiner mehr antworten konnte. Herr Hupfer ließ deshalb darüber abstimmen, ob man mit Herrn Bebel's Ausführungen einverstanden sei oder nicht. Zubelebend flogen mindestens drei Viertel der Hände aller Anwesenden für Herrn Bebel in die Höhe, der Sieg war vollständig. Seit zwei Tagen ist das Tagesgespräch in der ganzen Gegend die Sonntagversammlung, die einen tiefen Eindruck hinterlassen hat. Nächsten Sonntag soll hier ein Arbeiterverein gegründet werden, der ohne Zweifel sehr zahlreiche Anhänger findet. Rühmend hervorheben müssen wir noch die Ruhe und Ordnung, die während der ganzen Versammlung vorhanden war, trotzdem die Geister scharf aufeinanderplakten. Wer bis jetzt noch kein klares Bild von der Arbeiterbewegung hatte, der hat es am Sonntag sicher bekommen; gründlicher nach allen Seiten konnte die Frage schwerlich beleuchtet werden.

Leipzig, den 24. Januar 1869. Nachdem das, in einer früheren Versammlung der hiesigen Buchbinder gewählte Comité seine Vorarbeiten beendet hatte, versammelten sich heute Vormittag die hiesigen Kollegen und gründeten einen „allgemeinen deutschen Buchbinderverein“, dessen nächster Zweck die Organisation der Reise- und Krankenunterstützung und der Unterstützung arbeitsloser und arbeitsunfähiger Berufsgegenossen sein soll. Die beantragte Aufnahme der Frauen der Mitglieder, sowie der Frauenzimmer, welche im Hause arbeiten, wurde der Entscheidung des einzuberufenden Congresses, welcher wahrscheinlich zu Ostern hier tagen wird, anheimgegeben, dagegen die ebenfalls beantragte Verbindung mit verwandten Gewerken, den Sattlern, Riemern, Täschern, Handschuhmachern, den Arbeitern in Papier- und Spielkartenfabriken abgelehnt. In die ausgelegten Listen zeichneten sich sofort 45 Kollegen als Mitglieder ein.

Erklärung.

Ich bemerke erst jetzt, daß Hr. v. Schweizer in Nr. 11 des „Sozialdemokrat“ perfid insinuiert, ich stehe in „Beziehung zur österreichischen Regierung“. Er spricht damit offensichtlich eine infame Lüge aus. Es ist das großpreussische Sittlichkeitsgesetz, wie der Herr so die Knechte.

Den 4. Febr. 1869.

W. Liebknecht.

*) Gewiß! W. Liebknecht.

Unsere Filialexpeditionen ersuchen wir hiermit dringend, alle noch bei ihnen liegenden Nr. 1 des „Demokratischen Wochenblatts“ sofort gef. an uns einzusenden, da wir diese Nummer höchst nothwendig brauchen.
Die Expedition.

Die indirekten Steuern und der Aftersozialismus.

III.

C. H. Die moderne Staatsgewalt ist, wie Marx in seinem Manifest S. 5 sagt, nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet. Wie dieser Ausschuß nun im Interesse der Klasse, der er dient, seine Geschäftskosten, d. h. die Staatsausgaben, am billigsten und bequemsten aufbringt, das ist für ihn keine Frage des Rechts, sondern nur der Zweckmäßigkeit. Die indirekten Steuern aber sind für die gesetzgebenden Besitzer die bequemsten, weil sie unmerklich und unwillkürlich bezahlt werden. Sie sind ihnen ferner nicht bloß die bequemsten, sondern sie sind ihnen notwendig und unentbehrlich, weil sie jeden Streit innerhalb der Bourgeoisie über Bevorzugungen und Benachteiligungen hinsichtlich der Steuerlast beizulegen, und weil sie die Thätigkeit des erwerbenden Kapitals, das „Geschäft“, vereinfachen. Während bei der direkten Steuer schließlich jeder Unternehmer nebenbei als Steuereinnahmer fungieren müßte, wird das Incasso der indirekten Steuer für den Staat nur durch einige vereinzelte Geschäftszweige besorgt. Billiger, d. h. mit weniger Erhebungskosten verknüpft, als eine direkte Steuer, sind indirekte allerdings nicht, aber die Bourgeoisie kann sich damit trösten (und thut es thatsächlich), daß doch die für Erhebung der indirekten Steuer bezahlte Prämie schließlich weniger zur Ernährung „unproduktiver“ Beamten diene, als vielmehr Privatunternehmer (Bäcker, Schlächter u.) bereichere, daß also „das Geld unter den Leuten bleibe“, d. h. sofort wieder zur Kapitalbildung, zur Auffaugung neuer Arbeit verwendet wird. Ueberhaupt, was will der Kostenpunkt besagen, wenn einmal feststeht, daß das System der indirekten Steuern für den Staat der Bourgeoisie unentbehrlich, daß es seine Existenzbedingung ist?

Hieraus löst sich das Räthsel, daß die indirekten Steuern, trotzdem sie seit mehr als 100 Jahren von der Wissenschaft verworfen werden, in der Praxis doch fortwährend zugenommen haben und noch heute eher zu- als abnehmen. Die indirekte Steuer ist die nothwendige Konsequenz der Herrschaft des Kapitals. Wer die Herrschaft des Kapitals erhalten wissen will, der muß die indirekte Steuer als nothwendiges Uebel mit in den Kauf nehmen. Mit der ersteren steht und fällt die letztere.

Der liberale Philister weiß das Alles natürlich nicht und will es nicht wissen. Seinem humanen Herzen ist die indirekte Steuer, deren „Zweckmäßigkeit“ sein praktischer Verstand nicht läugnen mag, eine schreiende Ungerechtigkeit, ein Grauel, der wohl zu beseitigen wäre. Er will also die Wirkung beseitigen, während ihm die Ursache heilig ist! Er glaubt seine Schuldigkeit nicht gethan zu haben, wenn er nicht in jedem Halbjahr eine Resolution oder einen Antrag auf Abschaffung aller indirekten Steuern unterschreibt. Mit dieser Abschaffung, meint er in seiner politischen Gedankenlosigkeit, würde „die soziale Frage gelöst sein.“ Der bürgerliche Liberalismus verwechselt so in naivster Weise das Symptom einer Krankheit mit der Krankheit selbst, und bildet sich ein, wenn es ihm gelänge, das erstere zu unterdrücken, die letztere gehoben zu haben.

Daher das unendliche Geschrei der preussischen Fortschrittspartei, der Herren Löwe, Virchow, Schulze u. A. über die indirekten Steuern, daher das komische Mißverhältniß, „zum Wohle der arbeitenden Klassen“ gegen eine Einrichtung anzukämpfen, die gar nicht ein selbstständiger Uebelstand, sondern nur

eine nothwendige Erscheinungsform, nur der finanzpolitische Ausdruck der bürgerlichen Klassenherrschaft ist! Daher jüngst noch das eifrige Bestreben, die Arbeiter gegen die indirekte Steuer aufzubekommen und ein „gerechtes Steuersystem“ zum Zielpunkt einer Agitation im Landtag, in Versammlungen, in der Presse und bei Wahlen zu machen, in der die „bewährten Führer“ wieder die Arbeitermassen hinter sich hätten. Wie groß aber die Verblüffung und Verwunderung der „Führer“, daß sich die Massen weder gegen die indirekte, noch für eine „gerechte“ Steuer begeistern ließen, sondern kalt blieben! Wie bitter enttäuschend die Wahrnehmung, daß nicht einmal die sozialistischen Arbeiter jener Agitation Aufmerksamkeit schenkten!

Wären jene Herren der Sache ein Wenig auf der Grund gegangen, so würden sie sich über ihre Wahrnehmung nicht gewundert haben.

Wenn die Frage der Besteuerungsweise für die herrschende Klasse keine Frage des Rechtes, sondern nur der Zweckmäßigkeit ist, so ist sie umgekehrt, — wie wir in unserem letzten Artikel gezeigt haben — für die beherrschten, besteuerten Proletarier keine Frage des Interesses, sondern höchstens eine ganz abstrakte (jeglicher praktischen Anwendung entbehrende) Rechtsfrage. Es ist für den Arbeiter faktisch ganz gleichgültig, ob ihm die direkte Klassensteuer am Lohne abgezogen, oder die indirekte Maßsteuer im Brodpreis zugeschlagen wird. Ja, nehmen wir sogar an, das Kapital würde eines Tages einen Anfall von Gutherzigkeit bekommen, alle bisherigen Steuern würden verschwinden zu Gunsten einer einzigen direkten, stark progressiven Einkommensteuer, und der Progressivsatz wäre so gewaltig, daß der einfache Handarbeiter nur noch Einen Groschen jährlich beizutragen hätte, derselbe Handarbeiter, der jetzt 15—20 Thlr. jährlich an indirekten Steuern bezahlt: — selbst dann würde, unter sonst gleichbleibenden Umständen, die Lage des Arbeiters nicht gebessert sein. Denn mit dem Tage, an welchem der Lohn den Steuerbetrag nicht mehr zu enthalten brauchte, würde derselbe durchschnittlich genau um diesen Steuerbetrag sinken müssen.

Ernest Jones.

London, den 1. Februar 1869.

Die englische Demokratie hat einen ihrer thätigsten und jedenfalls ihren bekanntesten Verteidiger verloren. Ernest Jones ist todt. Nachdem er Jahre lang allem Ungemach Trotz geboten und den Haß und die Verfolgung, die er sich durch sein politisches Auftreten zugezogen, siegreich überwunden hatte, tödtete ihn ein ungünstiger Luftzug. Wegen einer starken Erkältung hatte er einige Tage sein Zimmer gebüht, fand sich aber am Mittwoch vor acht Tagen veranlaßt einer Arbeiterversammlung beizuwohnen, und eine Rede zu halten, in der er unter Andern sagte: „Aus persönlichen Gründen wünsche ich so bald wie möglich ins Parlament zu kommen. Was ich noch an Thatkraft besitze, muß bald benützt werden, wenn es nicht verloren gehen soll.“ Wahrscheinlich in der Absicht sich ein wenig abzukühlen, ließ er die Fenster der Droschke, in welcher er heim fuhr, offen; folgenden Tags trat Lungenentzündung ein, und am vorigen Dienstag starb er. An jener Versammlung hatte Ernest Jones ein persönliches

Interesse. Bei der jüngsten Wahl wurden zwei Liberale und ein Tory für Manchester gewählt. Ernest Jones, der ebenfalls als Candidat angetreten war, fiel durch. Einige Tage später entdeckten die Liberale, daß der gewählte Tory einer Firma angehörte, die Regierungskontakte unternommen hatte, was ihn unfähig macht im Parlament zu sitzen. Sie petitionirten daher gegen die Wahl und sahen sich sofort nach einem liberalen Kandidaten um, obgleich sie sich früher damit unversanden erklärt hatten, daß Ernest Jones den ersten Anspruch habe, falls durch irgend einen Umstand eine Lücke in der Vertretung von Manchester entstehen sollte. Daß die Bourgeoisie von Manchester kein besonderes Wohlgefallen an den politischen Ansichten von Ernest Jones fand, versteht sich von selbst.

Außerdem war ein alter politischer Klepper der Manchester-Schule, Milner Gibson, anderswo durchgefallen und man wollte ihm einen Sitz verschaffen. Die Anhänger von Ernest Jones ließen sich aber nicht zum Narren halten und schließlich verständigte man sich, daß unter den Wählern darüber abgestimmt werden sollte, ob Jones oder Gibson als Candidat auftreten solle. Die Abstimmung*) fand Freitag und Sonnabend statt, 12.000 Wähler stimmten, ungefähr 8000 für Jones. Das Resultat ward diesem an seinem 50. Geburtstag, Montag den 25. Januar, mitgeteilt; Dienstag Nachmittag starb er.

Ernest Jones war einer der wenigen Vorkämpfer der Arbeiterfrage, die im Schooße des Reichthums und des Luxus geboren und erzogen, aus reinem Gerechtigkeitsgefühl für die leidende Menschheit der Klasse, der sie angehören, den Rücken wenden, um die Sache der unterdrückten Klasse zu verfechten. Er entstammte einer alten normännischen Familie, die sich an der Grenze von Wales festgesetzt hat. Sein Vater, Major Jones, war der Stallmeister und Gesellschafter des Herzogs von Cumberland, nachherigen Königs von Hannover, zur Zeit als derselbe in Berlin wohnte. Ernest Jones ward am 25. Januar 1819 zu Berlin geboren und Herzog Ernst von Cumberland war sein Taufpate. Seine Kinderjahre verlebte er auf einem Landgute in Holstein, das sein Vater gekauft hatte. Als er zehn Jahr alt war, schrieb er Gedichte, die später von Kessler in Hamburg veröffentlicht wurden. Während der polnischen Revolution von 1830 war er eines Morgens verschwunden: im Lauenburgischen wurde der 11 jährige Knabe mit einem Bündel angehalten — er wollte „nach Polen reisen um gegen die Russen zu kämpfen.“ Seine gelehrte Bildung erhielt er auf der Akademie zu Lüneburg. Im Jahre 1838 lehrte die Familie Jones nach England zurück, der junge Ernest wurde bei Hofe eingeführt. In den folgenden Jahren beschäftigte er sich neben seinen juristischen Studien mit Literatur. 1844 begann er als Mitglied der (kunstmäßig eingerichteten) Advokaten-Genossenschaft des Middle Temple seine Laufbahn als praktizirender Advokat, 1845 trat er öffentlich als „Chartist“ auf.

*) Man wandle das „Ballot“ — die geheime Abstimmung an. Die Abstimmung bei Parlamentswahlen ist öffentlich, weil die Aristokratie die Wähler beeinflussen will.

**) Die „Chartisten“ haben ihren Namen von der im Jahr 1839 aufgestellten sogenannten „Volkscharte“ (People's Charter), welche allgemeines und gleiches Wahlrecht mit geheimer Abstimmung, Vertretung nach der Kopfzahl, Diäten für die Abgeordneten, einjährige Parlamente und Abschaffung des Census der Wählbarkeit forderte. Wir können hier nicht aufzählen, warum die chartistische Bewegung, an der das gesammte englische Proletariat sich betheiligte, zu Grunde ging — genug, von den oben erwähnten Punkten ist nur der letzte von der Aristokratie zugestanden worden, weil sie diesen Census nicht nöthig war, um sich das Monopol der Vertretung im Unterhaus zu sichern. Erwähnt sei nur noch, daß das allgemeine Stimmrecht bei Vertretung nach der Kopfzahl den englischen Arbeitern, welche die Mehr-

Während der Aufregung von 1848 ward er wegen einer unter freiem Himmel gehaltenen Rede zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt, die er unter der „liberalen“ Regierung von Russell Palmerston abbüßen mußte. Die ersten neunzehn Monate hatte er Einzelhaft im Zellengefängniß. Während dieser Zeit schrieb er ein Gedicht mit seinem eigenen Blut auf die Ränder eines Gebetbuchs, weil ihm Dinte und Papier verweigert wurden. Erst nachdem einige andere Chartisten, die mit ihm verurtheilt worden, im Gefängniß gestorben waren und die Aerzte erklärt hatten, daß das Leben von Jones ebenfalls in Gefahr sei, und nachdem seine schändliche Behandlung noch überdies zum Gegenstand einer Debatte im Unterhaus gemacht worden war, wurden ihm einige Erleichterungen gestattet. Als er fünf Monate später aus dem Gefängniß kam, sah er aus wie ein Schwindsüchtiger, der nur noch einige Tage zu leben hat. Er erholte sich indessen bald wieder. Lord John Russell hatte als Premier-Minister seinen berühmten „Durham Brief“ geschrieben, um die englische Klerik gegen die vermeintlichen Uebergriffe der römischen Katholiken aufzuheben. Ernest Jones benutzte die Gelegenheit, eine Reihe Vorlesungen unter dem Titel: Canterbury gegen Rom (englische Staatskirche gegen katholische Kirche) zu halten, in welchen er die angeblichen Verdienste der Aristokratie um die Reformation würdigte, die Plünderungen der Klöster- und Kirchengüter, wobei sich die Russell'sche Familie gegen 20.000 Morgen Acker Land aneignete, genau auseinander setzte, und die englische Staatskirche in ihrem wahren Lichte als eine aristokratische Versorgungsanstalt darstellte. Sein nächster Schritt war die Chartisten-Partei wieder aufzurichten. So viele harte Schläge hatten sie auf einmal getroffen, daß ihr Scheitern fast unvermeidlich war. Die große Massen-Demonstration vom 10. April 1848 war vereitelt worden, zum Theil durch die Taktlosigkeit marktschreierischer Führer, die Reisaus genommen hatten, als die Sache ernstlich wurde, der bessere Theil der Führer theils im Gefängniß oder todt, andere nach den Straskolonien transportirt, die Landgesellschaft*) aufgelöst, das offizielle Organ, der „Northern Star“ (Nordstern) eingegangen, der Hauptführer Ferguson O'Connell geisteskrank und bankrott, überdies Sieg der Reaktion auf dem Kontinent — die Sache schien hoffnungslos. Dennoch glaubte Ernest Jones, die Partei sei wieder zu beleben. Mehrere Jahre verwandte er seine Zeit und sein Geld zu diesem Zwecke. Er redigirte und veröffentlichte auf eigene Rechnung „The Labourer“ (der Arbeiter), „Notes to the People“ (Noten für das Volk) und „The People's Paper“ (Volkszeitung). Statt bei diesen Unternehmungen Geld zu gewinnen, setzte er zu. Die Arbeiter-Literatur ist nirgends ein einträgliches Geschäft. Wer Geld machen will, darf sich nicht mit Arbeiterpolitik befassen. Ein reicher Oheim von Ernest Jones wollte die „Ehre“ der Familie retten und ihn bewegen, seinen politischen Grundfäzen untreu zu werden; er vermachte ihm ein Vermögen, das jährlich 2000 Pfd. St. = 13.300 Thlr.

beit der Bevölkerung, bilden, die Staatsgewalt übertragen und der jetzigen Regierung ein Ende machen, also eine durchgreifende Revolution bewerkstelligen würde; daß aber eine bloße Erweiterung des Stimmrechts, ohne Betretung nach der Kopfzahl, wie der Erfolg der letzten Reformbill gezeigt hat, eine reine Schein-Maßregel ist, daß selbst bei Einführung des allgemeinen Stimmrechts, die Aristokratie durch die ländlichen und die kleinen städtischen Wahlbezirke die Mehrzahl der Parlamentsitze in der Tasche hat. Anm. d. Red.

*) Ein Unternehmen, das den Zweck hatte, die Arbeiter zu Lande eigenthümern zu machen, und von vornherein den Todeskeim in sich trug, weil es unter den bestehenden Zuständen ein Ziel anstrebte, das nur nach Befestigung der Klassenherrschaft in einer neuen Gesellschaft zu erreichen ist.

einbringt, unter der Bedingung, daß er dem Chartismus entsage. Ernest Jones entsagte dem Vermögen und verdiente seit 1858 sein Brod als Advokat in Manchester, ohne seinen politischen Grundsätzen untreu zu werden.

An die sächsischen Consum-Vereine.

Nachdem wir länger als ein Jahr auf Grund eines provisorischen Statuts verbunden sind, wird es nothwendig, uns unter Benützung der bei uns und anderweit gewonnenen Erfahrungen ein definitives Statut zu geben und bei dieser Gelegenheit eine Reihe, unsere Vereinsinteressen eng berührender Fragen einer gründlichen Besprechung zu unterwerfen.

Wir haben mit der Einberufung des hierzu nothwendigen Verbandstages immer gezögert, um gewiß zu sein, ob der rechte Sinn für gemeinsame Arbeit, und der genossenschaftliche Geist in den Vereinen wohne, welcher das Bindemittel einer solchen Vereinigung, und nothwendig ist, um opferfreudig für Einrichtungen zu sein, deren Vortheile weniger in der Gegenwart als in der Zukunft liegen.

Wenige Ausnahmen abgerechnet, haben wir mit Freuden wahrgenommen, daß nicht nur jener Geist, sondern auch eine anerkennenswerthe Begeisterung vorhanden ist, welche eine sichere Bürgschaft für den Erfolg unserer gemeinsamen Bestrebungen und ein schöner Lohn für geleistete Arbeit ist.

In unserem letzten Rundschreiben hatten wir nun zwar in Aussicht gestellt, eine Abstimmung bezüglich des Ortes und des Tages unseres Verbandstages zu veranlassen. Inzwischen ist uns aber aus Chemnitz selbst, das so ziemlich in der Mitte der meisten bestehenden sächsischen Consumvereine gelegen ist, eine überaus freundliche Einladung von dem dortigen Consumverein zugegangen; andertheils haben die nöthigen Vorfragen bereits so viel Zeit weggenommen, daß wir von der zeitraubenden Abstimmung absehen zu müssen glauben und uns, in der Hoffnung auf allseitige Zustimmung, mit Freuden entschlossen haben, hierdurch den

I. Verbandstag der sächsischen Consumvereine auf den 28. und 29. März d. J. nach Chemnitz einzuberufen.

Wir laden die sämtlichen Consumvereine Sachsens und der angrenzenden sächsischen Herzogthümer, sowie alle die Genossenschaften, für welche ein besonderer Verbandstag noch nicht existirt, freundlichst ein, diesen Verbandstag durch gehörig legitimirte Abgeordnete zu beschicken und bitten die Zahl und Namen ihrer Abgeordneten spätestens bis

Ende Februar

dem Lokalcomité in Chemnitz, das allen Vereinen seinen Gruß entbietet mit dem Bemerken, alles aufbieten zu wollen, den Vertretern den Aufenthalt in Chemnitz so angenehm wie möglich zu machen, (zu Händen der Herren Bruno Schröder, Biesenstraße 29, III. oder Schneidermeister Jul. Schlichting, Gartenstraße 7 in Chemnitz) anzuzeigen, und dabei anzugeben, für welche der Abgeordneten Freiquartier gewünscht wird.

Die Theilnahme an den öffentlichen Verhandlungen ist allen Abgeordneten gestattet, doch können nur die Abgeordneten derjenigen Vereine an den Beratungen und Abstimmungen aktiv sich betheiligen, welche den Beitrag von 1 Thlr. zur Deckung der bisherigen Verbandsunkosten noch vor Abhaltung des Verbandstages eingeschickt haben. Jeder Abgeordnete kann nur Eine Stimme führen. Vereine, welche bedauerlicherweise abgehalten sein sollten, einen Vertreter aus ihrer Mitte zu

senden, können ein Vollmachtsblankett einsenden, um vertreten zu sein, da es zu erwarten ist, daß aus manchen Vereinen mehrere Vertreter anwesend sein werden, denen dann diese Vollmachten übertragen werden könnten.

Anträge, welche einzelne Vereine auf die Tagesordnung noch gebracht zu sehen wünschen, sind uns bis zum

15. Februar d. J.

mitzutheilen, da später eingehende Anträge erst nach Erledigung der Tagesordnung zur Berathung kommen können.

Tagesordnung: a) für die Vorversammlung,

Sonnabend, den 27. März d. J. Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

- 1) Legitimation der Abgeordneten.
- 2) Wahl des Bureau's (2 Präsidenten, 3 Schriftführer).
- 3) Wahl der Prüfungscommission (3 Personen).
- 4) Wahl der Wahlcommission (5 Personen).
- 5) Feststellung der Geschäftsordnung für die Hauptversammlungen.
- 6) Feststellung der Tagesordnung für die Hauptversammlungen.

b) für die Hauptversammlungen,

Sonntag den 28. und Montag den 29. März d. J. Von Vormittags 10 bis Mittags 1 Uhr und von Nachmittags 3 bis Abends 8 Uhr:

- 1) Geschäftsbericht der Centralstelle, Referent Hr. Jubisch.
- 2) Berathung des neuen Statutenentwurfs, Referent Herr Germann.
- 3) Die genossenschaftliche Gesetzgebung, Referent Hr. Direktor Fröhner (Dresden).
- 4) Die Grundsätze für den gemeinsamen Waareneinkauf, Referent Herr Germann.
- 5) Erlangung der Corporationsrechte und Besteuerung der Consumvereine, Referent Herr Germann.
- 6) Die Consumvereins-Bäckereien, Referent Herr Felix (Dresden) und Herr Borgheimer (Leipzig).
- 7) Ueber Bier- und Branntweinschank (Annaberg).
- 8) Wahl eines gemeinsamen Organes, Referent Herr Motte-ler (Grimmischau).
- 9) (Die Annahme des Statuts in den Hauptpunkten vorausgesetzt):

- a) Wahl des Verbandsdirektoriums.
- b) Wahl der Vertrauensmänner.
- c) Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag.

Es ist den Herren Referenten überlassen, außer ihrem mündlichen Referat auf dem Verbandstage noch ein schriftliches Vorauszuschicken, welches letztere wir, wenn wir rechtzeitig im Besiß deselben gelangen, vervielfältigen und den Vereinen des Verbands zugehen lassen werden.

Zur Vervollständigung unseres Berichtes über die Genossenschaftsbewegung in Sachsen bitten wir die Vereinsvorstände uns umgehend mitzutheilen:

- 1) wie sich die Behörden,
- 2) die Presse,
- 3) die Kaufleute

den Consumvereinen gegenüber verhalten. Die uns befreundete Presse bitten wir, der Verbreitung vorstehender Einladung ihre Spalten zu öffnen.

An unsere Verbandsgenossen richten wir noch die dringende Bitte, alle die Berathungsgegenstände eingehend zu prüfen, um mit klaren Anschauungen in die Beratungen eintreten zu können, bei denen es gilt, den Grundstein zu einem Bau für das Wohl der unbemittelten Klasse zu legen.

Die Centralstelle der sächsischen Consumvereine.

[Germann. Jubisch.

Der Baseler Strife.

ist noch nicht zu Ende.

Die Vorstände und Delegirten der Sektionen des Internationalen Arbeitervereins von Basel und Umgebung haben folgenden Aufruf an die Arbeiter aller Länder erlassen:

„Brüder! Bundesgenossen!

Wohl mag Euch Kunde geworden sein von der ersten Lage, in der wir uns befinden, und es wird Euch nicht wundern, wenn wir unsere Worte an Euch richten. Knüpft doch das vereint getragene Leid fester und inniger die Herzen zusammen als Glück und Freude. Wir sind uns sicher und fest bewußt, daß unsere Worte Anklang in Euern Seelen finden, und daß sie Früchte bringen und nicht ungehört verhallen werden. Um nun Euch über unsere Situation näher aufzuklären, möge hier eine nähere Schilderung unserer Verhältnisse folgen.

Basel, diese fromme, reiche und große Handelsstadt, birgt in ihrer Mitte und Umgebung ein verarmtes Fabrikproletariat, das abhängig ist, nicht nur von dem Gange der Geschäfte, sondern auch von jeder Laune und Willkür seiner Brodherrn. Haupterwerbszweig der arbeitenden Klassen bildet die Seidenband-Industrie, die, einer zarten Pflanze gleich, von jedem Winde bewegt und zum Stillstande gebracht wird. In Folge dieser Stürze und gar häufig sich wiederholenden Schwankungen sind die Arbeitslöhne der Art gesunken, daß auch in Zeiten besseren Verdienstes und billigerer Lebensmittel kaum noch der tägliche Nothbedarf verdient werden kann; an Ersparnisse ist gar nicht zu denken. Der durchschnittliche Wochenlohn z. B. der Färber in 12 Fr.*) für den gewöhnlichen Arbeiter, 18 Fr. für den besseren; der der Bandweber 9 bis 17 Fr. per Woche.

Der Lebensunterhalt eines ledigen Arbeiters macht 12 bis 15 Fr., der eines Verheiratheten 25—30 Fr. Mann, Weib und Kinder müssen rastlos thätig sein, um so viel zu erwerben, daß bei der Höhe der Miethzinsen noch die täglichen Bedürfnisse befriedigt werden können. Diese nie endende, nie ganz gestülte Noth, dieses vergebliche Ringen und Kämpfen mit dem Glende, hat noch ganz andere Uebel im Gefolge, als bloß leibliche Entbehrungen. In stiller Entfagung, in schweigendem Ertragen des als unabwendbar betrachteten Übels fließen die Tage dahin, und bald und rasch verwandelt sich das Dulden in Stumpfheit und Gleichgültigkeit, und wenn die wenigen Tage der Jugend, die nie in vollem Glück genossen werden können, da die Noth des Lebens auch schon an das Kind herantritt und es zur Arbeit zwingt, vorüber sind, bietet die weitere Lebenszeit nichts weiter mehr als Jammer und Noth, und müde und matt sinkt der gebrochene Leib zur letzten Ruhe nieder.

Diesem vergeblichen Ringen, diesem Kämpfen mit dem Glende des Lebens sieht die besitzende und um ihren Reichtum so beneidete Klasse Basels kalt und ruhig zu, und läßt es geschehen, daß Hunderte ihrer Mitmenschen rettungslos zu Grunde gehen. Die Bourgeoise, stolz und eigennützig wie überall, hat es noch nicht so weit gebracht und sich überwinden können, ihr Herz zu öffnen und uns die rettende Hand zu reichen.

Wir sind auf uns selber angewiesen und müssen uns selber helfen, und wie wir es versucht, und welche Wege wir eingeschlagen, das ist Euch, liebe Freunde und Bundesgenossen,

*) 1 Fr. ist gleich 8 Gr.

mehr oder weniger bekannt. Aber in Folge dieses Kampfes sind unsere Mitbrüder, die Färber und Bandweber, die treu und redlich mit uns ausgehalten, arbeitslos, somit auch brodlos geworden. Es ist ihnen bis zur Stunde noch nicht gelungen, die Hartherzigkeit ihrer Arbeitgeber zu beugen und ein besseres Loos zu erringen. Mitten im Winter brodlos auf die Straße gestellt, werden sie ohne Cure brüderliche Hülfe zu Grunde gehen. Wir aber, für Leben und Tod eng verbunden, werden das nicht dulden. Wir wissen, daß wir einem großen Bruderbunde angehören und fühlen uns als lebendige Glieder eines Leibes. Was wir bis jetzt gethan, geschah im Sinne der Internationalen Arbeiterverbrüderung. Dieser Geist durchweht uns und macht uns stark, und im Vertrauen auf ihn rufen wir auch Eure Hülfe an.

Mitbrüder! Bereits haben wir die edelmüthige Hülfe unserer Brüder aller Länder, besonders von Genf, erfahren, welche wir hiermit aufs Wärmste danken. Verlaßt also auch Ihr uns nicht in unserer Noth. Gedenket, daß wir für eine gerechte und heilige Sache kämpfen, daß wir auch Euer Recht vertreten und für dasselbe leiden.

Mehr denn 300 Familienväter mit Weib und Kind sind brodlos, darum steuert uns bei und beweist durch die That, daß wir Brüder und einander die brüderliche Hülfe schuldig sind. Denn das Schlimmste ist, daß die Herren Arbeitgeber sich gegenseitig verständigt haben, denselben keine Arbeit mehr zu geben.

Mit Brudergruß und Handschlag die vereinigten Sektionen von Basel und Umgebung, in deren Namen zeichnet
Basel, im Januar 1869.

Der Verwaltungsrath des Internationalen Arbeitervereins:

J. G. Frey, R. Starke, R. Häfeli.

Für die Unterstützungs-Commission:

J. Steffen, Maurer.

NB. Die Gaben sind zu adressiren an das Hauptbureau des Internationalen Arbeitervereins zu Basel, R. Starke, Grünpfaßgasse Nr. 5.

Anzeigen.

Der Chemnitzer Consumverein beabsichtigt mit dem Verbandstag (S. oben) eine Muster- und Probeausstellung von allen möglichen Bedarfsartikeln der Consumvereine zu verbinden und ersucht Engros-Händler und Produktiv-Genossenschaften um portofreie Einsendung von Preis-Couranten und Mustern unter der Adresse:

Herrn Bruno Schröder in Chemnitz, Wiesenstraße 29.

Deutscher Arbeiter-Bildungs-Verein in London

Charles-Hotel, 71 Dean Street, Soho Square. W. London.